

A N F R A G E von Bernhard Egg (SP, Elgg), Käthi Furrer (SP, Dachsen) und Sabine Ziegler (SP, Zürich)

betreffend Bahnhöfe ohne SBB-Personal

In den letzten Monaten wurden von den SBB wiederum mehrere Bahnhöfe auf dem Land (zum Beispiel Elgg und Dachsen) auf unbemannten Betrieb umgestellt. Das ist aus Sicht des Service Public ausserordentlich bedauerlich und fördert die Anonymisierung der Gesellschaft weiter. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht sind die Entscheide der SBB, die - wie die öffentlichen Haushalte auch - unter enormem Spardruck stehen, immerhin nachvollziehbar.

Entsprechend haben an den erwähnten Orten grosse Anstrengungen stattgefunden, um andere Betriebe wie Läden oder Reisebüros in den Bahnhoflokalen zu etablieren, die dann auch den Billetverkauf und andere Dienstleistungen übernehmen könnten. Diesen Bemühungen ist aus verschiedenen Gründen wenig Erfolg beschieden. Mit ein Grund für Absagen von interessierten Betrieben sind die recht erheblichen Mieten, die sie den SBB für die Infrastruktur des Billetverkaufs zu entrichten hätten. Sie sind nicht bereit, diese Unkosten auch noch zu übernehmen.

Es fragt sich deshalb, ob es Modelle gäbe, diese Unkosten im Interesse der Erhaltung einer wertvollen Dienstleistung im öffentlichen Interesse anderweitig zu decken.

Wir bitten den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stellt sich der Regierungsrat grundsätzlich zum Abbau von persönlichen Dienstleistungen insbesondere des Billetverkaufs an Landbahnhöfen?
2. Besteht ein Konzept für die Schliessung von Landbahnhöfen? Nach welchen Kriterien wird über eine Schliessung entschieden?
3. Welche zusätzlichen Beeinträchtigungen entstehen durch die Schliessung eines Landbahnhofs (Sachbeschädigungen, Sicherheit der Passagiere etc.) und welche Kosten werden dadurch verursacht?
4. Teilt er die Auffassung, dass Förderung und Unterstützung des persönlichen Billetverkaufs an (Land-) Bahnhöfen der Qualität der Dienstleistung des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV), wie sie in den Grundsätzen über die mittel- und langfristige Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr (Vorlage 3997) festgehalten wird, durchaus dienlich wäre?
5. Sieht er Möglichkeiten, die Gemeinden bei der Suche nach Ersatzlösungen zu unterstützen? Wie soll überhaupt eine Mobilitätsberatung in ländlichen Gemeinden stattfinden?
6. Ist er bereit, sich in den Organen des ZVV dafür einzusetzen, dass Kosten für die Infrastruktur des Billetverkaufs übernommen oder den Gemeinden zurückerstattet werden können, wenn der Billetverkauf durch Private oder andere Leistungserbringer an Stelle der SBB übernommen wird?

Bernhard Egg
Käthi Furrer
Sabine Ziegler